Gewissen

30 Pfennige

Achter Jahrgang — Nummer 51

Berlin, Montag, den 20. Dezember 1926

Außenpolitische Notgemeinschaft

Der Opposition ist ein taktischer Schlag gelungen, den die Reichsregierung kaum erwartet hatte. Während man bisher annahm, daß die Mittelparteien ihre Stärke aus ihrer primär-taktischen Einstellung herleiteten, und die Flügelparteien auf beiden Seiten, auf dem deutschnationalen sowohl wie auf dem sozialdemokratischen Flügel mit ihrer Taktik darum nicht konkurrieren konnten, weil sie über ihre Programme, über ihre Grundsätzlichkeiten stolperten, die sie ernster nahmen als es das parlamentarische System erlaubt, hat die jetzige Lage gezeigt, daß die Deutschnationalen bereit sind und auch dazu fähig, eine taktische Konsequenz durchzuziehen. Der Vorstoß Scheidemanns hatte eine günstige Chance dafür ergeben. Sein unerträgliches Agitatorentremolo hatte sich bis zum Landesverrat gesteigert und hatte den Zweck der Sozialdemokratie verfehlt, gleichzeitig regierungsstürzend wie regierungsanziehend zu wirken. Ganz von selbst ergab sich aus dieser abschreckenden Wirkung eine gewisse Annäherung der Mitte nach rechts hin, der Josef Wirth versuchte, nach Möglichkeit zu begegnen. Dem entsprach auch die Einstellung des Kanzlers Marx, der den Reichspräsidenten in diesem Sinne orientierte. Die Rechte stellte ihre Forderung und zog aus der Ablehnung Konsequenzen, mit denen die Reichsregierung nicht gerechnet hatte.

Die Regierungskoalition hatte sich trotz ihrer numerischen Bedrohung doch bis zuletzt stark gefühlt infolge der führenden und nach jeder Richtung hin zwingenden Stellung des Zentrums, stark aber auch infolge der genfer Ergebnisse des Außenministers. Man war darauf gefaßt, daß Stresemann der Mann war, seine genfer Erfolge politisch aktiv auszuwerten. Nun hatte bereits Professor Hoetzsch im „Tag" die Ergebnisse sehr viel negativer bewertet, als man es gerade von ihm erwartet hätte. Hoetzsch hatte die ungünstige taktische Lage analysiert, die sich jetzt für die weiteren außenpolitischen Verhandlungen für Deutschland ergibt. Hoetzsch hatte auch behauptet, daß Stresemann den Investigationsplan mit den „Feststellungen des Rates" am 11ten Dezember angenommen habe, Frankreich könne mit dem Ergebnis zufrieden sein, und es sei auch nicht klar, was Polen versprochen worden sei. Daß England seine entscheidende Position wieder durchgesetzt hat, ist für jeden nüchternen Betrachter der Lage ersichtlich. Stresemann, als gewiegter parlamentarischer Routinier, ist geneigt, gerade die parlamentarische Kombination nicht zu ernst zu nehmen. Er „kennt den Schwindel". Er weiß, wie es gemacht wird. Er nimmt auch die Flügelparteien im Reichstage so wenig ernst, daß er durch das dauernde Doppelspiel von Koalitionsangeboten nach links und nach rechts die eigene Unabhängigkeit des Minderheitenkabinetts sicherzustellen geglaubt hatte.

Die Deutschnationalen haben jetzt sowohl dem Außenminister wie dem Zentrumskanzler einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der bekannte Aufsatz des deutschnationalen Abgeordneten Lambach, des politischen Führers des rechten Flügels der christlichen Gewerkschaften in der vorletzten Nummer der „Politischen Wochenschrift" hatte wohl auch etwas einlullend gewirkt. Lambach hatte zum ersten Male ganz offen erklärt, daß das Zentrum unbestreitbar die stärkste politische Machtposition im parlamentarischen Felde sei. Lambach hatte gesagt, daß Erzberger und Wirth zur rechten Zeit erkannt hätten, daß im Zentrum für links wie für rechts der Schlüssel zur politischen Gesamtsituation liege. Wenn dieser Aufsatz Lambachs etwas anderes bedeutet als ein taktisches Exerzitium, wenn er den Zweck hatte, dem Zentrum gegenüber eine gewinnende Achtungsgeste darzustellen, dahinter aber die Absicht stand, dem Zentrum nicht nachzulaufen, sondern es durch eigene, selbständige Taktik zu zwingen, so ist das ebenso anerkennenswert, wie es nach den Erfahrungen, die wir mit der Rechten gemacht haben, etwas Neues bedeutet. Es ist aber von entscheidender Bedeutung, daß man nicht in Taktik stecken bleibt, sondern an die politische Aufgabe selbst herangeht, die bei der Bildung eines neuen Kabinetts zu berücksichtigen ist. Die Lage ist ähnlich wie 1924 vor Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Sie ist ganz anders außenpolitisch, sie ist aber auch innerpolitisch anders, weil der Bruch der Mitte mit der Sozialdemokratie im Augenblick ein sehr eklatanter ist. Von den verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten braucht hier nicht gesprochen zu werden. Aber man muß verlangen, daß die Deutschnationalen auf politische Initiative eingestellt sind und sie vorbereitet haben. Wenn sie wiederum den Mut zur eignen Kurage verlieren, kann man auf eine sehr schwierige Entwicklung gefaßt sein, die zunächst sich dilatorisch hinschleppen wird. Immerhin fürchten wir weniger hinsichtlich der Taktik des parlamentarischen Handelns als bezüglich der Klarheit der politischen Kursrichtung. In dem unsinnigen Leerlauf des parlamentarischen Getriebes ist für sämtliche Parteien die Freiheit des staatsmännischen Planens und Handelns verloren gegangen. Wehe, wenn das jetzt weiter für eine Regierung der Fall bleiben sollte, die unter Einbeziehung der Deutschnationalen sich bilden sollte!

Die gefährliche Wendung, die jetzt in Genf in Erscheinung getreten ist, hat Professor Hoetzsch in seinem Aufsatz nicht ausgesprochen. Es handelt sich um die Frage der neuen politischen Aktivität Englands, das solange sich Zeit genommen hat, seine weltpolitischen Angelegenheiten zu regeln, um sich jetzt mit voraussichtlich starker Energie auf die kontinentale Frage zu werfen. Die sogenannten Kontinentalpolitiker in Deutschland waren ja von vornherein von allen guten Geister verlassen, um die deutsche Sorge zu erkennen, die die von England drohende Gefahr nicht weniger ernst nimmt, als die französische. Es sollte erkannt werden, daß die Führung des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland seine Zentrale drüben hat, jenseits des Kanals, in der londoner City, wo auch der deutschfreundlichste Geschäftsmann, dessen Einkaufsgeschäft in deutscher Arbeit seine Stütze hat, im Grunde nicht anders denkt, als: damned him! Schluß gemacht mit der Konkurrenz auf dem Kontinent, mit Deutschland!

Wäre diese Erkenntnis bereits heute bei den Parteien lebendig, so würde die Bildung einer außenpolitischen Notgemeinschaft sich auch auf parlamentarischem Wege leichter vollziehen lassen, als wenn man, wie bisher, sich ausschließlich von dem Zwang der taktischen Lage bestimmen läßt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß gerade die Deutschnationalen unter einem doppelten Zwange jetzt handeln müssen, entweder vorzustoßen oder — mit einer Reichstagsauflösung rechnen zu müssen.

Aus dem Inhalt:

Außenpolitische Notgemeinschaft

„Hinein in den Staat!" * * *

Radikale Arbeiterbewegung in Deutschland?

Die Zerschlagung der Studentenschaft — Von Walther Schulz

Philister über dir! — Von Dr. Lenore Kühn

Zur Frage des Krediteinkaufs — Von Hermann Hinrichs

Kritik der Presse

„Hinein in den Staat!"

* * *

Vor einem Jahre hieß die „aktuelle" Parole: Wirtschaftsdiktatur. Heute heißt sie: Hinein in den Staat! Das wertvollste an dieser Parole ist die Erkenntnis und das Eingeständnis, daß alle stillen Hoffnungen auf eine erfolgreiche Gegenrevolution oder einen „Zusammenbruch des herrschenden Systems" oder auf einen Sieg eines deutschen Faschismus nunmehr restlos abgeschrieben worden sind. Natürlich gibt es noch Leute, die sich mit derlei Hoffnungen über die Bedeutungslosigkeit ihrer Person und ihrer Bestrebungen hinwegzutäuschen versuchen. Aber daß außerhalb ihrer Kreise diese Bedeutungslosigkeit erkannt und zugegeben wird, das ist immerhin ein Gewinn.

Es hat keinen Zweck, acht Jahre nach einer Revolution die durch sie emporgetragene Herrschaft, die — mitunter zwar nur mit knapper Not und in kritischen Tagen weniger durch eigenes Verdienst als vielmehr dank der Unzulänglichkeit ihrer Feinde —, aber immerhin tatsächlich sich behauptet hat, mit dem Argument bestreiten zu wollen, daß sie durch Unrecht zur Macht gekommen sei. Und wenn gewiß ein Rechtsbruch nicht dadurch seinen Karakter als Unrecht verliert, daß er ungesühnt bleibt, so verliert die Position der Ankläger doch ihre eigentliche Grundlage, wenn die direkt Betroffenen sich mit der neuen Lage abgefunden haben. Ein Unrecht, das nicht mehr lebendig erhalten wird, büßt den Anspruch auf Wiedergutmachung ein. Wenn die zur Abdankung gezwungenen Fürsten ihren Protest gegen die ihnen zugefügte Rechtsverletzung lebendig erhalten wollten, dann durften sie keine Abfindungen annehmen. Daß sie es taten, daraus kann ihnen menschlich kein Vorwurf gemacht werden. Aber man muß auch sehen, daß durch ihr Verhalten der Gegenrevolution der Boden des „guten alten Rechts" entzogen worden ist.

Die Parole „Hinein in den Staat" kann also nicht mit der Erwägung abgelehnt werden, daß sie den Rechtsboden verlasse. Sie ist vielmehr zu beurteilen nach dem Werte, den sie unter dem Gesichtspunkte politischer Zweckmäßigkeiten besitzt. Und weil sie nun so wenig eindeutig ist, daß sie den verschiedenartigsten inhaltlichen Bestimmungen Raum gibt, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß mit ihr in die politische Arbeit mehr Verwirrung als Klarheit hineingetragen worden ist.

Die Deutung, welche ihr der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Duisberg, bei der Gründung der „Staatspolitischen Vereinigung" gegeben hat, ist einfach und brutal. Er sagte, daß man in Amerika die Lösung gefunden habe, wie wir sie heute annehmen wollen: die Einwirkung auf die Parteipolitik durch Geld. Das ist ein einfaches und vielleicht — wenigstens für die eigentlichen Gründer der „Staatspolitischen Vereinigung" — erfolgreiches Rezept: man will die Gesetzgebung kaufen. Ganz neu ist freilich dieses Rezept auch in den deutschen Verhältnissen nicht, Industrie- und Handelskreise haben es schon vor dem Kriege anzuwenden gewußt. Ob es auch von der Landwirtschaft mit Erfolg angewendet werden könnte, ist schon zweifelhaft. Daß seine Anwendung für diejenigen politischen Aufgaben, welche das deutsche Volk als die wichtigsten und für seine Zukunft entscheidenden ansehen muß, keinen Nutzen versprechen kann, erscheint bei uns wenigstens als außer allem Zweifel.

Worauf nämlich im letzten Grunde gezielt ist, der noch die Korrumpierung des herrschenden Systems. Apparat Methode brauchte keineswegs als unter allen Umständen verderblich angesehen zu werden, dann nämlich nicht, wenn dahinter ein bestimmtes Ziel der Errichtung einer neuen Staatsordnung stände. Ein solches Ziel ist aber nicht vorhanden, wenn die Absicht lediglich dahin geht, die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit gegen unbequeme Einwirkungen von Seiten des Staates zu sichern. Das gleiche Bedenken nun richtet sich gegen andere Versuche, in das bestehende Herrschaftssystem Eingang zu gewinnen. Der Gedanke, neue Parteien zu bilden, die natürlich besser sein sollen als die bestehenden, der andere Gedanke, sich durch die Besetzung von Mandaten, Verwaltungs- und Ministerposten für bestimmte politische Richtungen Einfluß zu verschaffen, die Meinung also, den Staat gewissermaßen von unten her zu erobern und mit neuem Geiste zu erfüllen, diese Meinung kann sehr ehrlich sein, aber sie ist zur Er-

Diese (51 ste) Folge

des „Gewissen" erscheint als letzte des Jahrgangs 1926. Die erste Folge des neunten Jahrgangs erscheint am Freitag, dem 31sten Dezember mit dem Datum vom Montag, dem 3ten Januar. — Der Bezugspreis des „Gewissen" beträgt eine Mark monatlich, wenn die Bestellung beim eigenen Postamt erfolgt; 1,25 Mark monatlich, wenn die Bestellung beim Verlag erfolgt (Streifbandbezug). Die Post nimmt nur Bestellungen für einen Monat entgegen. Der Verlag im Allgemeinen nur Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahresbestellungen.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 30, Motzstraße 22.

Schule der Politik

In dieser Woche gelangten an die Bezieher der „Schule der Politik" zum Versand der fünfzehnte Brief „Deutsches und römisches Recht", und der sechzehnte Brief „Geld — Kredit — Zins".

Ring-Verlag G. m. b. H.,
Berlin W. 30, Motzstraße 22.

folglosigkeit verurteilt, wenn sie nicht mehr ist als ehrlich. Es wird gern der Vergleich gezogen mit der Methode, durch welche die Sozialdemokratie sich langsam in den Staat „hineingefressen" habe, um ihn — so wird es gedeutet — mit der Revolution gewissermaßen vollständig in Besitz zu nehmen. So aber ist es historisch nicht gewesen. Vor allem jedoch darf nicht übersehen werden, daß die Sozialdemokratie, wenn sie in politische Stellen hineindrängte, dies mit dem Bewußtsein einer revolutionären Mission getan hat. Und daß diese Mission in ihren Leuten lebendig bleiben konnte, weil sie ein klares Angriffsziel hatten und weil sie die Sache der „Entrechteten" und Besitzlosen führten. Sie hatten nur zu gewinnen und nichts zu verlieren oder zu verteidigen. Wenn dagegen heute die Parole „Hinein in den Staat!" ausgegeben wird, dann ist sie zu mindest bei vielen ihrer Anhänger gedacht als eine Verteidigung des Besitzes, als ein Versuch, Gefährdungen abzuwehren, als die Absicht, Milderungen in Gesetzgebung und Verwaltung zu erreichen. Das aber sind weder Angriffsziele noch revolutionäre Aufgaben, das bedeutet die innerliche Bereitschaft, sich mit dem herrschenden System abzufinden, es unter bestimmten Bedingungen zu bejahen und zu unterstützen, mit einem Worte die Bereitwilligkeit zum Kompromiß. Und es ist mit aller Sicherheit zu erwarten, daß am Ende nichts anderes als wiederum der große Kompromiß herauskommt.

Daraus wird erklärlich, weshalb die Parole „Hinein in den Staat!" von denen, welche einen solchen Kompromiß ablehnen, weil sie nur in einer neuen Staatsordnung die Gewähr für eine Zukunft unseres Volkes erblicken können, mit so starkem Mißtrauen und vielfach offener Ablehnung aufgenommen wird. Und auch derjenige, welcher weiß, daß in der Politik auf tausend Wegen zugleich gearbeitet werden muß, daß engherziger Fanatismus, der nur eine Patentlösung kennt und alle taktischen Behelfe als innerlichen Verrat verdammt, in aller Regel völlig unfruchtbar ist, auch dieser darf sich der Befürchtung und Sorge nicht entschlagen, daß der Weg „in den Staat hinein!" leicht zu einer Kapitulation vor dem bestehenden Herrschaftssystem werden kann. Er wird deshalb fordern müssen, daß das andere und höhere Ziel über der Alltagsarbeit nicht vergessen oder auch nur in die zweite Linie gerückt wird. Und erst durch die Anerkennung dieses anderen und höheren Zieles wird es erlaubt, die taktischen Wege zu gehen. Das andere und höhere Ziel aber bleibt die Gewinnung einer ihrer nationalen Verantwortung bewußten Staatsführung und einer zum nationalen Dienste sich verpflichtet fühlenden Volksgemeinschaft. Beide sind nicht zu gewinnen in der Ordnung und mit den Kräften und Möglichkeiten des gegenwärtigen Herrschaftssystems. Ohne durchgreifende Verfassungsreform, welche den Absolutismus der Parlamentsregierung beseitigt, und ohne die klare Aufgabenstellung einer Befreiungspolitik, welche allein die unser Volk zerreißenden wirtschaftlichen und sozialen Spannungen zu überwinden vermag, ist die Errichtung des „nationalen Staates der Deutschen" unmöglich. Darüber also muß Klarheit bestehen: es genügt nicht, das Leben unter dem gegenwärtigen Herrschaftssystem erträglicher und angenehmer zu machen, es genügt nicht, der Wirtschaft bessere Existenzmöglichkeiten zu verschaffen, es genügt nicht, die öffentliche Verwaltung der Sachlichkeit ihrer Aufgabe zurückzugeben, es genügt nicht, daß an noch so vielen Stellen des politischen Einflusses und des öffentlichen Dienstes trefflichere Männer als heute sitzen und amten. Das alles — so wünschenswert es für sich ist — befreit uns nicht aus der deutschen Not.

Die Parole „Hinein in den Staat!" ist richtig, wenn sie richtig verstanden wird. Sie darf dann aber nur Mittel sein, sie darf nicht als für sich bestehendes Ziel aufgefaßt werden. Es würde nicht richtig sein, sie dahin verbessern zu wollen, daß sie „Eroberung der Staatsgewalt" lauten sollte. Denn auch diese Fassung läßt die Frage offen, für welche Aufgaben die neue Staatsgewalt berufen werden soll. Sie läßt die Möglichkeit offen, daß das System selbst ungeändert bleibt. Und sie beseitigt nicht die Sorge, daß nach der Erringung der Macht die eigentliche Aufgabe vergessen wird. Das aber wäre schlimmer als die vorläufige Beibehaltung des gegenwärtigen Systems. Denn es würde bedeuten, daß das letzte Vertrauen — in unserem Volke selbst wie übrigens auch im Auslande — zerstört würde, welches auf das Durchbrechen des nationalen Lebenswillens im deutschen Volke wartet. Dieses Vertrauen war lebendiger in den Jahren, in denen die Parole „Hinein in den Staat!" noch nicht verkündet war. Um so größer ist die Verantwortung heute, wo die Zeit der grundsätzlichen Oppositionsstellung gegen das Regime der Revolution vorbei ist. Jetzt muß sich bewähren, ob die nationale Opposition in sich die Kraft hat, den schweren Kampf um die Eroberung des Staatswillens zu gewinnen. Denn darum handelt es sich: die Eroberung der Staatsgewalt ist erst ein äußerlicher Erfolg, die Eroberung des Staatswillens ist das entscheidende.

Die politische Woche

Das Nobel-Kommitee verteilt seine Friedenspreise von diesem und dem vorigen Jahre gleichmäßig unter Dawes und Stresemann, Briand und Chamberlain. — Die genfer Völkerbundratsversammlung geht auseinander, nachdem sie eine Einigung darüber erzielt hat, daß die interalliierte Militärkontrollkommission Deutschland am 31sten Januar verlassen und durch eine anders geartete Organisierung ersetzt werden wird.

*

Der italienische Oberst Asariti begibt sich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Militärkontrollkommission nach Königsberg, um die Anlagen der Festung zu besichtigen. — Bei Gransee überschreitet eine Abteilung polnischen Militärs die Reichsgrenze und veranstaltet auf deutschem Boden eine militärische Uebung. — Nach amtlicher Meldung werden die unterbrochenen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen am 4ten Januar wieder aufgenommen werden.

*

In Wien veranstalten die Kommunisten Arbeitslosenkundgebungen, bei denen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kommt. — Die Sowjetregierung beabsichtigt, Pjatakow als Leiter ihrer inoffiziellen Handelsvertretung nach New York zu schicken, und erhält von der washingtoner Regierung Einreiseerlaubnis für Pjatakow. — Die englische Regierung erwägt die Ablehnung eines Nachfolgers für Krassin.

*

Im Haushaltsausschuß des sächsischen Landtages teilt der Finanzminister mit, daß in Sachsen die Staatseinnahmen seit dem ersten April um siebenundneunzig Millionen Mark gegen die Einnahmen zurückgeblieben sind. — Im Reichstag erklärt der Reichsfinanzminister, daß er die vom Reichstag in zwei Lesungen bewilligten ungedeckten Ausgaben auch dann nicht machen werde, wenn sie in der dritten Lesung bewilligt werden sollten.

*

Im pariser Senat teilt der Berichterstatter des Marineausschusses mit, daß Frankreich im nächsten Jahre dreiunddreißig neue Kriegsschiffe bauen wird. — In Warschau erscheint Pilsudski auf der Nachtsitzung des Budgetausschusses, um im Gegensatz zu seiner sonstigen Gewohnheit des Fernbleibers vom Sejm persönlich das Militärbudget zu begründen, das ein Drittel der gesamten Ausgaben des polnischen Staates ausmacht. — Der sozialdemokratische berliner Polizeipräsident läßt bei den Führern des aufgelösten Sportklubs „Olympia" Haussuchungen veranstalten.

*

Nach Meldung des „Paris Midi" finden in der französischen Armee zur Zeit keine Urlaubserteilungen statt und werden vom marokkanischen Kriegsschauplatz unablässig Truppen, Tanks und Fliegergeschwader an die italienische Grenze transportiert. — Nach einer londoner Meldung der „Chicago Tribune" hat Mussolini erklärt, daß er nördlich des Po dreißig Divisionen zu stehen habe.

*

Im englischen Unterhaus erklärt Chamberlain auf Anfragen, die sich mit der Räumung des Rheinlandes beschäftigen, daß diese Angelegenheit Gegenstand von Erörterungen sei, zu denen man Zeit benötige. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantwortet die Empfehlung des Reichskabinetts zur Bildung der Großen Koalition mit einem Mißtrauensantrag gegen die Regierung und schickt Scheidemann zu einer Rede gegen Geßler vor, in der der Sozialdemokrat die Kette der sozialistischen Hochverratshandlungen ungehindert fortführt.

Radikale Arbeiterbewegung in Deutschland?

Man schreibt uns aus Arbeiterkreisen:

Innerhalb der deutschen Arbeiterschaft sind, in Großen gesehen, zwei Stromrichtungen aufzuweisen: die eine umfaßt die „nationalen" und die „christlichen" Arbeiter, die andere die internationalen: die sozialdemokratischen, die kommunistischen und die syndikalistischen. Als eine radikale nationale Arbeiterbewegung kann man eigentlich nur die Nationalsozialisten bezeichnen. Die Nationalsozialisten sind zu ganz bestimmten wirtschaftlichen und politischen Formulierungen in ihren Leitsätzen gelangt, die mit Nachdruck vertreten werden und, wenn sie nationale Tat werden sollten, an radikaler Aenderung der bestehenden Verhältnisse nichts zu wünschen übrig lassen würden. Die christlichen Gewerkschaften, die im Kielwasser des Zentrums segeln, sind weder ihrem Programm nach radikal, noch in ihrem Benehmen oder dem Benehmen ihrer Wortführer.

Innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung war der Riesenapparat der freien Gewerkschaften groß geworden, als es uns noch „gut ging"; er fand seine geistige Nahrung in den Lehren des Marxismus, so wie ihn die sozialdemokratischen Führer jeweilig verstanden und auslegten. Die Masse der Mitglieder wurde in die Reihen gefügt durch die gewährte Arbeitslosenunterstützung. Wohl die wenigsten hielten dabei Streik- und Maßregelungsunterstützung für genügende Leistung einer Gewerkschaft, die den Klassenkampf auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Aber es war ein typisch deutsches Gebilde mit militärischen Disziplinanalogien. In den Betrieben gehörte es zum guten Ton, ja zu den Pflichten eines deutschen Arbeiters, Gewerkschaftsmitglied zu werden; so wie er auch „Soldat werden" mußte. Und Solidarität war das erste Gebot des proletarischen Ehrenkomments. Bis zum November 1918 ist denn auch kein wirklicher Arbeiter zum Verräter und Angeber seinesgleichen in Gewerkschafts- und politischen Dingen geworden. Dies brachten ihm erst die November-Bastarde und November-Literaten bei. Der neue Typ des Berufsgewerkschaftssekretärs entstand und kommandierte selbstherrlich auch in den geistigen Dingen des Sozialismus wie ein rechter Unteroffizier. Der Offizier fehlte und so konnte dieser Unteroffizier größenwahnsinnig werden, und zwar nicht als ein körperlicher „Soldaten"-Schinder, sondern als ein Geist- und Ideenschinder. Die Masse der Mitglie-

---

An meinem Leben und an meinen Schicksalen liegt nichts; an den Wirkungen meines Lebens liegt unendlich viel. Fichte

Philister über Dir!

Von Lenore Kühn.

Anläßlich der Verabschiedung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften prägte eine sonst nicht sehr prägnante Tageszeitung das anschauliche Wort von den „aufgeregten Fortschritts- und Freiheitsspießern" und sprach von dem „herzzerreißenden Chor der vereinigten Literaturphilister und Bildungsspießer", der sich nach mißlungener Schlacht erhob. Seitdem uns Nietzsche das besinnliche Wort „Bildungsphilister" schenkte (worüber sich der getroffene David Strauß zu Tode gegrämt haben soll), wissen wir, daß Philisterei und Spießertum nicht vor den „Aufgeklärten" und „Fortschrittlichen" Halt macht. Ein Philister ist — überall und in jedem Gebiet — der, welcher sich aus Bequemlichkeitsgründen unter keinen Umständen von seinem gerade gesattelten Lieblingspferd trennen will und ihm sorgfältig Scheuklappen vorbindet, damit es nicht aus seiner Ruhe gerate; ein Spießer ist — überall und in jedem Revier, auch in literarischen Salons und freiheitsdröhnendem Versammlungslokal —: wer über die vier Eckpfähle seiner Behausung nicht hinauszusehen vermag, gleichviel was es außerhalb zu bemerken gilt.

Wenn jemals, so ist anläßlich des Endkampfes um ein Gesetz, das sich auf die Jugend bis zu achtzehn Jahren richtet, seinem Sinne nach, und welches noch nicht einmal die Vernichtung und ein generelles Verbot, sondern nur bestimmte Einschränkungen über die Art, den Ort und den Adressaten der Ankündigung und des Verkaufs von „pfundweise" hergestellten minderwertigen oder unsittlichen Druckprodukten bringt, auf die der Name „Literatur" überhaupt nur in den seltensten Fällen angewendet werden kann, — die Berechtigung da, von „Philistern mit umgekehrtem Vorzeichen zu sprechen, von Fortschritts-, Freiheits- und Literaturphilistern. Es ist geradezu lächerlich, wie sich anläßlich einer Aktion, die, nach Gertrud Bäumers treffendem und (in der „Vossischen Zeitung") mutigem Wort, die schmierige Spekulation auf die Pfennige von Schulkindern und unreifen Jugendlichen unterbinden will, und anläßlich von Mißständen, die nach deutschnationaler Charakterisierung, den ekelsten Mammonismus verkörpern und für alle Einsichtigen das Produkt von Schundkapitalismus und Profitgier sind, sich gewisse „Kulturschichten", die „Freiheitskämpfer" und „Antikapitalisten" in höchste Erregung steigern. Ein homerisches Gelächter aber muß das Verdikt (wehe, schon das erste!) der „Dichterakademie" auslösen, welches schlichtweg behauptet, das Gesetz verletze die Würde der Kunst. Es besteht der begründete Verdacht, daß die Herren von der Akademie sich nicht einmal die Mühe genommen haben, den eigentlichen Zielpunkt und die besondere Bestimmung des Gesetzes als Jugendlichengesetz wahrzunehmen; und sie stellt sich an, als ob sie als „Dichtung" jene „buntbebilderte Schundliteratur schlimmster Güte" betrachte, — wie es gelegentlich dem „Vorwärts" malgré lui dem Gehege der Zähne entschlüpfte, jene Serienfabrikation für sensationslüsterne, sentimentale und unsaubere Instinkte, von denen wir annehmen, daß sie nicht das Lieblingskind der Dichterakademie bedeuten! Aber — die zeitgemäße Phrase über alles! Ein Votum wird verlangt? Natürlich, unbesehen wird eins „im fortschrittlichen, zeitgemäßen Sinn" abgegeben. Wie sehr unzeitgemäß aber dieses Verdikt ist, das eben die philiströse Unbiegsamkeit der erstarrten Phrase aufweist, das beweist schon vor allem der Umstand, daß auch „Linksgerichtete", die in der Praxis mit Jugend und ihren Bedürfnissen zu tun haben und die sich unbefangen mit der inkriminierten Materie beschäftigten, auf das Lebhafteste gegen diesen Unfug eines Protestes „im Namen der Kunst und der Freiheit" gewendet haben: es seien nur drei Namen genannt: Dr. Marianne Weber, deren Richtung wohl durch den Namen Max Webers schon als unvoreingenommen gegenüber der modernen Entwicklung gekennzeichnet ist, und die stets in Fühlung mit der Jugend steht; der bekannte Pädagoge Kerschensteiner, der sich des größten Vertrauens fortschrittlicher Schulkreise erfreut, und, wie erwähnt, Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, die sich, auch als politische Demokratin, nicht zu jener so hahnebüchenen Verwechselung von Schund und Kunst und als Pädagogin nicht zum bequemen laissez aller in dieser Sache entschließen konnte, wenn für eine ausreichende Vertretung und Geltendmachung der literarischen Sachverständigen in den Prüfungsgremien gesorgt ist.*)

Die Scheuklappen gewisser Parteien haben sich in der langwierigen parlamentarischen Debatte der Vorlage geradezu erschütternd gezeigt: von den Gegnern redete kaum einer zur Sache, jeder nur von seiner Monomanie aus. Die Kommunisten etwa erklärten durch Rosenbaum schlichtweg: es handle sich bei dem Gesetz „lediglich um eine Generaloffensive gegen alle revolutionären Schriften" — obwohl das politische Moment ausdrücklich eliminiert worden war. Die Sozialdemokratie (trotz des Lapsus des „Vorwärts", — als er nämlich die Verderbung eines Achtzehnjährigen durch die Schundliteratur feststellen mußte) erklärten schlankweg, die Jugend schütze sich selbst und das Gesetz gefährde „in Wirklichkeit die gesamten literarischen Erzeugnisse" (die deutsche Literatur kann sich für dieses Kompliment bedanken). Goethe und Hebbel mußten beunruhigt werden, um die Existenz von Schriften vom Stil des „Blutigen Pantoffel auf der Kirchhofsmauer" retten zu helfen. Pocht man aber bei entrüsteten Laien an, die auch etwas von einer „Offensive des Muckertums gegen die Kunst und Geistesfreiheit" läuten gehört hatten, so findet man in neun von zehn Fällen aufrichtiges Erstaunen, wenn dargelegt wird, daß es sich a) nur um die Bewahrung der Jugend handelt, und b) nur um gewisse Maßnahmen für Vertrieb und Verbreitung.

Die Herrschaft der Phrase hat eine grenzenlose Oberflächlichkeit einreißen lassen. Dies ist vor allem der beschämende Eindruck auch der parlamentarischen Handhabung bei denen, die aus irgend einem Grunde das Gesetz fürchten zu müssen meinten. Obwohl es nicht ein Polizeigesetz ist, sondern ein Kulturgesetz, obwohl nicht Polizeiorgane, sondern Jugendpfleger, Lehrpersonen (horribile dictu, auch wohl ein Vertreter der Geistlichkeit) und von insgesamt acht Vertretern vier Personen aus Literatur und Buchhandel die Entscheidung über die ominöse „Liste" haben, die, wie gesagt, nur Beschränkungen des Vertriebs, Verkaufs und Käuferkreises festsetzt, — wurde ganz gemütlich immer weiter von einem unerhörten „Polizeigesetz" und „Zensurgesetz" geredet — obwohl auch schon die weimarer Verfassung, die der Reaktion wahrlich nicht verdächtig ist, Maßregeln zum Jugendschutz gegenüber Schund und Schmutz vorsah.

Dem unwiderstehlichen Bedürfnis, gegen Windmühlen zu kämpfen und an literarisch-freiheitliche Tiraden (die die Sache gar nicht treffen) sich selber geschwollen zu bewundern, steht der nüchterne Tatbestand nun gegenüber: Blamage der erhitzten Redner; Kontrolle des Vertriebs an Jugendliche, vermutlich auch automatische rasche Einschränkung des nun unrentabel, weil unsicher gewordenen Geschäfts mit Hintertreppenliteratur. Empfindlich (und in die Sphäre der „Erwachsenen" hineingreifend) bleibt nur die Frage der periodischen Druckschriften, nachdem in der ebenfalls (aus andern Gründen) schwerwiegenden Frage der Länder- und Reichsprüfstellen das Kompromiß gefunden wurde, Reichsstellen „im Einvernehmen mit den Ländern" zu errichten, damit nicht eine Provinzialsituation eigenmächtig ihre Bedürfnisse des Schutzes dem ganzen Reich aufoktroyiere. Das Schlimmste kann sein, daß etwa Zeitschriften wie „Der Freund" (mit entsprechend süßem

*) Innerhalb des „Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller" legte Dr. Theodor Heuß den Vorsitz nieder, um „den Schutzverband in der von diesem mitgetragenen Aktion gegen das Schund- und Schmutzgesetz nicht zu belasten", und mußte erleben, daß die berliner Ortsgruppe dieses Verbandes gegen ihn wegen seiner Haltung den Antrag auf Ausschluß aus der Mitgliedschaft stellte! Die Schriftleitung.

der, besonders die jüngeren, glaubten ihrem Sozialismus. Er war für sie an die Stelle der Kirche getreten, der sie den Rücken gewandt hatten. Und er war somit selbst zur Religion geworden. Nur so erklärt sich die Gefolgstreue im Novembergeschehen.

Die politische Verhetzung, die von den freien Gewerkschaften vor dem Kriege ausging, und die damals nur in der sozialdemokratischen Partei ihren Ausdruck fand, teilte sich gegen Ende des Krieges in zwei Richtungen. Die anfangs zahlenmäßig kleine „unabhängige" sozialdemokratische Partei wuchs durch den Zustrom junger Arbeiter zu einer Riesenpartei an: im Dezember 1918 hatte die U. S. P. D. allein in Berlin 600 000 Mitglieder. Und auch diese wiederum waren in ihrer Mehrzahl willig gläubig, energische Führung hätte alles mit ihnen beginnen können. Aber die Unfähigkeit der vorhandenen Sprecher führte nun zum Verlust und Verzicht aller proletarischen Forderungen, und dies war zugleich die Sterbestunde des Glaubens der Arbeiterschaft an ihr Führertum. Enttäuscht, verbittert, glaubenslos aus marxistischem Dogma, warfen sie ihre alten Mitgliedsbücher in die Gosse. Die Unentwegten gingen zu Spartakus, und traten in die K. P. D. ein. Kommunismus sollte eine neue Religion abgeben! Spartakus, K. P. D. wurde geboren aus dem Schoße der Mutter U. S. P. D., und Bolschewismus Rußland übernahm die Patenschaft.

Im Verlauf der anschließenden „revolutionären" Kämpfe erwies es sich wieder, daß Geist und Kraft zu deutscher Führung auch in der neuen Gruppe nicht vorhanden war. Die Spitzenpersonen waren zumeist von zu sehr fremdem Holze, um den deutschen Wesensinhalt zu erfühlen. So fehlte denn auch bald die gläubige Resonanz von einst. Den Typ des politischen Idealisten konnte man so wenig gebrauchen wie den des eigenwilligen Menschen. Man holte sich vielmehr wiederum den Unteroffiziertyp polnischer Prägung. Der rollende Rubel des Paten tat das übrige. Und die Götter der Idee verhüllten ihr Haupt.

So kam es zu „ideellen" Auseinandersetzungen und zu den bekannten Ausschlüssen aus der K. P. D. Und denen, die herausgesetzt worden waren, denen nun die Sichel nicht mehr das Brot schnitt, wurde bänglich zu Mute. Sie fingen an, aus der Schule zu plaudern und nannten die K. P. D. eine armenisch-galizisch-jüdische Fremdenlegion Rußlands in Deutschland. Man wird es ihnen glauben können, waren sie doch vom Bau, standen vordem im selben Sold und „kannten den Laden". In unserem Zusammenhang kann man die Frage aufwerfen, ob die K. P. D. überhaupt als eine deutsche radikale Partei zu bewerten ist. Nach den Enthüllungen ihrer eigenen ehemaligen Führer wenigstens ist sie eine russische Partei.

So bleiben in Deutschland als radikale Arbeiterbewegung innerhalb der International eingestellten nur noch die Gruppen übrig, die sich um die schwarzen Banner der Syndikalisten und der Anarchisten scharen. Wir finden sie politisch in der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands geeint, und gewerkschaftlich in der Allgemeinen Arbeiter Union.

Die A. A. U. ist ein Industrieverband, dem die Berufsgruppen als Sektionen eingegliedert sind. Also eine föderalistisch gegliederte und lose zentralisierte Einheitsgewerkschaft. Sie bezeichnen sich selbst mit dem Namen Syndikalisten. Ihr geistiger Gehalt schöpft vornehmlich aus den Lehren von Marx, Tolstoi, Krapotkin, Bakunin und dem Deutschen Max Stirner. Die Syndikalisten bezeichnen alle Arbeiter, die von ihnen aus rechts stehen als Kleinbürger, die Sozialdemokraten als konterrevolutionär, die K.P.D. von heute übrigens auch. Die Syndikalisten sind antiparlamentarisch, sie lehnen jede Parteiarbeit im Parlament als innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zwecklos ab. Sie empfehlen der Arbeiterschaft die Bildung von Aktionsausschüssen und wahrhaft revolutionären Betriebsräten. In die gegenwärtig bestehenden Betriebsräte hineinzugehen, verwerfen sie. Marxistischer Materialismus und anarchistischer Individualismus gehen hier eine Symbiose ein. In diese trägt der anarchistische Individualismus eine Art religiösen Prinzips hinein. Wenn man die jüngeren unter ihnen sprechen hört, so fühlt man, daß sie einer Glaubensekstase fähig sind. Daher hat denn auch ihre Auslegung von Marx etwas überraschend Ueberzeugendes. Sie berufen sich indessen auf Marx nicht etwa apodiktisch, sondern ziehen ihn, mit anderen, nebenbei heran.

Auf die Theorien dieser Gruppe soll hier nicht eingegangen werden. Zum Programm gehört der gewaltsame Sturz der bürgerlichen Gesellschaft. Die „Befreiung der Arbeiter" soll das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Aufgabe des Proletariats sei es daher, sich mit revolutionären Waffen zu rüsten, um den Kapitalismus stürzen zu können. Man sollte meinen, dies hieße: sich erst umfassendes Wissen aneignen und hinter dieses Wissen dann das Können setzen. Aber hier greifen sofort wieder die Auslegungen der in Wort und Schrift sich zur Führung Anbietenden ein. Das aufklärerische Wort: „Wissen ist Macht", findet eine Einschränkung durch ein Stellvertreterprinzip: die Masse als solche habe es nicht nötig, zu wissen; es genüge, wenn derjenige wisse, den sie an die Spitze stellt. Das sind eben die sich Anbietenden, von denen jeder einen ganz besonderen revolutionären Stein der Weisen in der Tasche hat. Sie sagen, der Arbeiter habe ja doch nicht die benötigte Zeit: Gebt uns etwas von eurem Lohn und wir werden „für euch denken und handeln". Eine Art neuorientierter Gewerkschaftssekretär. Das ewig alte Spiel mit dem Glaubensdrang des Deutschen und mit seiner Unselbständigkeit, die gern anderen die Verantwortung überträgt, erscheint in abgewandelter Form.

Es gibt nichts in Deutschland, das einer geschlossenen radikalen Arbeiterbewegung im Großen auch nur ähnlich sähe.

Titelbild) oder sonstige bedenkliche Erzeugnisse, die überall sich breit machen, von den sichtbarsten Stellen — Untergrundbahn, Straßenhandel, in dunklere Gründe flüchten müssen und Verkaufseinschränkungen erleiden.

Wie wenig der Phrasendrusch verstehen will, zeigt die Kampfnummer der früher ehrlich bissigen Bulldogge Simplizissimus, auf die hier schon eingegangen wurde. Er meint (wirklich?), daß nun das Geschäft derer um die Courths-Mahler blüht: „Von der Jungfrau bis zum alten Mütterchen, vom Portokassenknaben bis zum Landesgerichtspräsidenten hatte schließlich jeder einmal das Bedürfnis, ein Stündchen über die Courths-Mahler hinaus zu schweifen." Mit Verlaub, der Thron der Courths-Mahler wird durch die bezweckte Hebung des Niveaus nicht gerade befestigt, und sowohl das „alte Mütterchen" wie der „Landesgerichtspräsident" können alle Serienkolportage, auch alle Arnold Bronnens, alle „Freundschafts"-Zeitschriften und überhaupt alles, was literarisch oder unliterarisch, in der Finsternisse der menschlichen Natur hinabsteigt, nach Belieben sich zu Gemüte führen (ergo: der Schreiber kennt das Gesetz nicht). Wenn er von „Tausenden von Berufsschnüfflern" faselt, so versteht er nicht zu rechnen: etwa sechs Prüfstellen und eine Oberprüfstelle ergeben allenfalls um die sechzig Personen, die die Jugend in diesem Sinne betreuen. Das Antragsrecht für die Liste steht nur diesen Stellen, nicht jedem Beliebigen von der Straße zu (ergo: der Schreiber kennt das Gesetz nicht). Die ganzen Geistreicheleien und Entrüstungsfanfaren, die das Blatt verzapft, wahrlich von keiner Sachkenntnis getrübt, dagegen von beträchtlichem Gift geschwollen, erweisen sich als Selbstbelustigung der betreffenden Literaturphilisterkreise. Die an den Paragraphen im Titelbild des „Simpel" aufgehängten Schriftsteller und Maler aber raten wir schleunigst abzuschneiden, denn vielleicht können sie jetzt eher leben, wo die Millionen (eine stattliche Zahl von Millionen! Siebzig Prozent der Buchproduktion sind als von diesem Abgrund wertloser Papiermassen verschlungen bezeichnet worden) nun wieder besseren Literatur- und Kunstdingen zugute kommen. Oder meinte man mit diesen Gehangenen jene, auf welche der böse Vers paßt „Er schmierte, wie man Stiefel schmiert . . ."?

Viel Lärm um Nichts bedeutet Kampfgeschrei solcher Art — denn man hat sich nicht einmal auf den Boden des Tatsächlichen gestellt, um es zu bekämpfen. Vielleicht muß man im literarischen Deutschland erst noch lesen lernen? Es ist dann noch immer Zeit für ehrliche oder unehrliche Entrüstung darüber, daß dem heranwachsenden jungen Menschen nicht alles frommt, was keine Zeit deutlicher beweist, als die heutige mit ihrer Kriminalistik der Jugendlichen. Die Torheit der „Erwachsenen" aber bietet dafür die Erklärung.

Die Zerschlagung der Studentenschaft

Von Walther Schulz.

Die heutige Studentenschaft ist nicht zu verstehen ohne Zusammenhang mit der ihr voraufgegangenen studentischen Generation, nämlich der der Kriegsteilnehmer. Die Kriegsstudenten haben seinerzeit, als sie aus dem Felde heimgekehrt waren, das Studentenleben auch dort völlig revolutioniert, wo sie, wie zum Beispiel in den alten studentischen Verbänden, auf eine gefestigte Tradition trafen. Es war nicht in erster Linie die wirtschaftliche Not, die diese Studenten zu einer anderen Art Studentenleben veranlaßte, als es vor dem Kriege gemeinhin üblich gewesen war. Kriegsnot und Friedenselend hatten ihnen das Verständnis für eine „wonnevolle Jugendzeit mit Freuden ohne Ende" früheren Studentenlebens genommen. Sie waren deswegen keine Mucker und Grisgrame. Aber sie hatten eigener Not und Volksnot zu tief in die Augen geschaut, als daß sie nun den ihnen noch verbliebenen Rest ihrer Jugend und ihrer Gesundheit „vertändeln" wollten. So formten sie sich Studium und Freizeit nach ihrem eigenen Willen: damals entstanden die großen Organisationen der „Deutschen Studentenschaft", als Zweck-Zusammenschluß aller Studierenden des deutschen Sprachgebietes; der „Wirtschaftshilfe", des großen Werkes studentischer Selbsthilfe; des „Deutschen Hochschulringes", als politischen Zusammenschlusses aller nationalvölkischen Studenten. In fast allen Korporationen wurden mit einer Selbstverständlichkeit Reformen eingeführt, die in Vorkriegszeiten nur in ganz vereinzeltem Maßstabe und unter großen Kämpfen möglich gewesen wären. Jene Studentenschaft beschäftigte sich neben ihrem Studium stark mit politischen und sozialen Fragen, ohne sich allerdings irgendwie parteipolitisch einfangen zu lassen. Und schließlich zeigt die Geschichte der Freikorps, daß daneben immer noch der Student mit am ersten dabei war, wenn es galt, das Vaterland gegen polnische Gier oder gegen das Vordringen des Bolschewismus zu verteidigen.

Gewiß war diese Studentenschaft nicht immer „ein Herz und eine Seele". Aber gerade die politische Zerrissenheit unseres unglücklichen Volkes wirkte sich damals kaum in ihr aus, parteipolitische Gruppen bestanden nur in wenigen Hochschulen und hatten überhaupt keinen Einfluß. Und jene alten studentischen Gegensätze zwischen Korporierten und Nichtkorporierten, zwischen Schlagenden und Nichtschlagenden, zwischen den einzelnen Korporationsgattungen untereinander und zwischen den konfessionellen Verbindungen, alle jene Streitigkeiten, die das frühere Studentenleben erfüllt hatten, waren dem Kriegsstudenten undenkbar, der eben noch im Schützengraben mit dem einfachen Arbeiter Kampf und Todesgefahr geteilt hatte. So konnte diese Generation einen ganz neuen Studententyp schaffen.

Selbstverständlich waren seine Formen auch für die nachfolgenden Generationen noch maßgebend, aber je mehr die Kriegsteilnehmer von den Hochschulen verschwanden, desto mehr mußten sich wieder die alten Hemmungen bemerkbar machen, zumal die nun kommenden Studenten alle Nachteile einer zuchtloseren Kriegserziehung erfahren hatten. Dazu kam der wieder stärker werdende Einfluß der Alten Herren, die aus falsch verstandener Tradition heraus wieder die alten Vorkriegssitten und Gebräuche einführen wollten, und dabei bei den jetzigen Aktiven, denen die Herbheit der Kriegsteilnehmer meist fremd war, nur zu große Zustimmung fanden. Was einst in der „Deutschen Studentenschaft", im „Deutschen Hochschulring" mühsam und schrittweise erkämpft worden war, fiel dem jungen Studenten kampflos in den Schoß, besaß deshalb nicht den Wert für ihn, und geriet in Verfall, wurde leere Form oder gar Instrument schädlicher Einflüsse. Der Außenstehende wird davon wenig oder garnichts merken, im Gegenteil, ihm werden die rein organisatorischen Formen innerhalb der heutigen akademischen Jugend gefestigter dann je erscheinen. Aber der Geist ist ein anderer geworden!

Die „Deutsche Studentenschaft" ist aus einem Kampfinstrument der Kriegsstudenten gegen sozialistische und jüdisch-liberale Zersetzungsversuche, gegen akademische Gleichgültigkeit und zopfige Reaktion eine regierungsamtliche Verwaltungsbehörde geworden, in der studentische Funktionäre mit den Allüren von Geheimräten amtieren. Die großartige Idee der Wirtschaftshilfe ist (in diesem Falle muß man fast sagen: Gottseidank!) dem jungakademischen Einflusse völlig entzogen worden. Und der „Deutsche Hochschulring", jene reinste Verkörperung des Wollens der studentischen Kriegsteilnehmer, fällt aus einer Krise in die andere und verbraucht fast mehr Führermaterial als das parlamentarische System.

Gerade die Zustände im Hochschulring sind symptomatisch für die heutige Studentenschaft. Die alte Eifersucht der Verbände, über die sich die Gründer und ersten Führer des Hochschulringes so revolutionär hinweggesetzt hatten, steht heute wieder in schönster Blüte und bereitet dem besten Willen der heutigen Leitung die allergrößten Schwierigkeiten, ohne daß nun aus den eifersüchtigen Verbänden heraus neue Führer hervorgingen. Da den kleinen Verbandsgrößen umfassendere Gesichtspunkte fehlen, suchen sie ihre Führerlorbeeren auf Gebieten zu erringen, die man für lange abgetan hielt, die sogar als Kampfplatz in der heutigen Zeit nicht nur für die akademische Jugend, sondern für unser gesamtes Volk verhängnisvoll werden müssen. Wir meinen hier konfessionelle Streitigkeiten, die sich anscheinend an der neuen Duellgesetzgebung wieder entzünden wollen. Die Tatsache, daß zunächst für die Reichswehr Duelle mit ehrenrührigen Strafen belegt werden sollen, daß darüber hinaus auch die harmlose Studentenmensur als „Zweikampf mit tötlichen Waffen" im Sinne des Gesetzes schärfer verfolgt werden soll, hat die waffenstudentischen Verbände auf den Plan gerufen. Sie verlangten von den katholischen Verbänden, die ja grundsätzliche Duellgegner sind, mit denen sie nach dem Kriege ein sogenanntes „Verbändeabkommen" zwecks Anerkennung des gegenseitigen Ehrenstandpunktes abgeschlossen hatten, Neutralität in dem Kampfe um die waffenstudentische Ehrengerichtsbarkeit. Da die Katholischen Verbände keine genügende Erklärung in dieser Frage abgeben konnten (es drehte sich besonders um die Haltung der Altherrenschaften), trat ein latenter Kriegszustand ein, der aber jeden Augenblick zu einer Wiederholung der Zustände beim unseligen „Hochschulstreit" von 1905 führen kann. Diese Gefahr, deren verhängnisvolle Auswirkungen auf unser gesamtes politisches Leben sich in ihrer ganzen Schwere noch garnicht übersehen lassen, konnte in der heutigen Studentenschaft nur deswegen entstehen, weil ihr das bindende Kriegserlebnis fehlt, und weil besonders bei den Katholischen Verbänden der Einfluß der in den Zeiten des Kulturkampfes groß gewordenen Alten Herren und ihrer im Zentrum sitzenden Führer wieder stärker geworden ist. Dazu kommt, daß die waffenstudentischen Verbände untereinander durchaus nicht einig sind in der Taktik ihres Vorgehens und infolge der Beweggründe des Streites auch die evangelischen duellgegnerischen Verbände (Wingolf, Schwarzburgbund und kleinere Verbände) in den Kampf hineingezogen sind. Da die Altherrenschaften gerade in diesen Streitpunkten sehr stark mitinteressiert sind, kann von ihnen nicht wie in manch anderen jungakademischen Streitigkeiten irgend eine Vermittlungsaktion erwartet werden. Ihr Eingreifen ist im Gegenteil geeignet, den Kampf noch zu verschärfen.

Eben diesen Augenblick der Auflösung der bisher im Hochschulring zusammengeschlossenen nationalen akademischen Front benutzen die rührigen Gegner, um auch die Organisation „Deutsche Studentenschaft" zu zerschlagen, oder wenigstens nach ihren Wünschen umzuformen. Mit der rechtswidrig dekretierten Herabsetzung der Beiträge für den Unterhalt der Organisation hat es angefangen, mit verfassungswidrigen Eingriffen in die Koalitionsfreiheit wird der Kampf fortgesetzt: man will die preußischen Studentenschaften zwingen, die den völkischen Verhältnissen entsprechend aufgebauten österreichischen Studentenschaften in ihrem Kampf um die Deutscherhaltung ihrer Hochschulen im Stich zu lassen — ein Meisterstück der vom preußischen Kultusministerium betriebenen großdeutschen Kulturpolitik! Mit Leichtigkeit ist es gelungen, entsprechend der parlamentarischen Gruppierung, die regierende Mehrheit dafür einzusetzen, indem Minister Becker den Popanz eines „völkischen Prinzips" an die Wand malte, das auch in der Deutschen Studentenschaft maßgebend sein soll. Obwohl gerade Dr. Becker aus seiner langen Tätigkeit — „er fühle sich durchaus als Studentenvater, der er lange Jahre gewesen sei!" — es wissen muß, und auch durch die letzte Denkschrift des Vorstandes der Deutschen Studentenschaft offiziell dahin unterrichtet worden ist, daß das Wort vom herrschenden völkischen Prinzip eine Irreführung der öffentlichen Meinung ist, benutzte er es wieder in der Sitzung des Kulturausschusses des Preußischen Landtages, um seine Eingriffe in das Studentenrecht zu motivieren. Er sprach es offen aus, daß man nötigenfalls die großdeutsche Organisation auflösen müßte, und daß an deren Stelle eine „reichsdeutsche Studentenschaft auf staatsbürgerlicher Basis" zu setzen wäre. Da auch in der jetzigen Organisation die reichsdeutschen Studentenschaften durchaus auf staatsbürgerlicher Basis zusammengefaßt sind, bedeutet das nichts anderes, als die Ausstoßung der deutsch-österreichischen, sudetendeutschen und danziger Studentenschaft aus dem Rahmen der Gesamtorganisation, oder mit anderen Worten: ihre Preisgabe in ihrem völkischen Kampf. Daß der Kultusminister hierbei die Mehrheit des preußischen Landtages von den Kommunisten bis ins Zentrum hinein findet, ist verständlich, wenn auch die Beweggründe bei den einzelnen Parteien verschieden sind.

Vorläufig wehrt sich die Deutsche Studentenschaft noch sehr energisch gegen diese Zumutungen, aber ihr Apparat ist im Laufe der Jahre schon zu sehr in amtliche Abhängigkeit gekommen, als daß man nicht das Ende ihrer Widerstandsfähigkeit absehen könnte. Und der Hochschulring, der der berufenste Führer in diesem Kampfe sein sollte, ist infolge innerer Streitigkeiten in Auflösung begriffen! Schon tauchen unter den führenden Kreisen der Studentenschaft ernsthaft Vorschläge auf, den amtlichen Karakter der Studentenschaft preiszugeben, um wieder seine Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen. Zu den Blütezeiten des Hochschulringes, als er mit Recht von sich behaupten durfte, daß er achtzig Prozent der Gesamtstudentenschaft hinter sich habe, wäre der Verzicht auf die amtliche Anerkennung der Deutschen Studentenschaft eine wirkungsvolle Demonstration gewesen. Heute wäre ein solcher Verzicht eine offene Bankerotterklärung. Es bewahrheitet sich, was die alten Führer aus der Kriegsteilnehmergeneration immer gelehrt haben: die Deutsche Studentenschaft wird nur solange ihre Unabhängigkeit wahren können, als ein mächtiger und unabhängiger Hochschulring neben ihr besteht. Aus typisch deutschen Eifersüchteleien hat man den Hochschulring geschwächt und zerrissen. Jetzt muß man erkennen, daß damit auch das Ende der stolzen Organisation Deutsche Studentenschaft gekommen ist. Bald werden die studentischen Verbände allein im Kampfe um den jungen akademischen Nachwuchs stehen, und die Zersplitterung des deutschen Akademikertums wird schlimmer sein, denn je zuvor: Ein Spiegelbild des Parteielends.

Zur Frage des Krediteinkaufs

Unser Detailhandel scheint vor einer Aenderung seines bisherigen Verkaufssystems, des Barverkaufes, zu stehen. Von dem Gedanken ausgehend, daß ein gesteigerter Umsatz eine Besserung des Wirtschaftslebens und unter Umständen eine Verbilligung des Lebensunterhalts bringen kann, beginnt ein Kreis von Detailgeschäften sich seinen Käufern gegenüber auf den Kreditverkauf einzustellen. Als Vorbild dient Nordamerika, von wo in letzter Zeit so manche Neueinrichtung von unserer Industrie und von unserem Handel übernommen wurde.

Während die bisherige Entwickelung der technischen und kommerziellen Methoden in erster Linie von den Kreisen der Industrie und des Handels benutzt wurde, also mehr deren inneren Betrieb betrafen und von der Masse Publikum mehr oder weniger unbemerkt Eingang fanden, sehen wir hier eine Erscheinung ganz anderer Art. Das Publikum wird unmittelbar betroffen und muß deshalb an den Ueberlegungen über die Auswirkungen der neuen Methode seiner Bedarfsdeckung teilnehmen.

Kurz umrissen präsentiert sich uns der Einkauf auf Kredit folgendermaßen: Man zahlt bei Anschaffung des in Frage stehenden Gegenstandes einen bestimmten Teilbetrag des Kaufpreises an und erhält das Kaufobjekt zum Gebrauch ausgehändigt. Die Restkaufsumme wird in monatlichen oder wöchentlichen Teilbeträgen von vereinbarter Höhe getilgt, bis nach Erreichen des Gesamtbetrages der Gegenstand tatsächlich und endgültig erworben ist. In welcher Weise dieses System den Preis durch Zinsentrichtung beeinflußt, darf hier unberücksichtigt bleiben. Daß ein Zinsdienst genau wie bei allen Kreditgeschäften vorliegen muß, ist selbstverständlich. Worauf es ankommt, ist: zu untersuchen, ob für unsere Volkswirtschaft das amerikanische System nutzbringend ist, und ob durch seine Einbürgerung eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erreicht werden wird oder erreicht werden kann.

Gewisse Vorteile für unser Wirtschaftsleben werden zunächst nicht von der Hand zu weisen sein. Ein erhöhter Umschlag industrieller Erzeugnisse muß eintreten, wenn die Verkaufsmöglichkeit erweitert wird. Die Verkaufsmöglichkeiten sind als erweitert anzusehen, wenn jeweils geringfügige Beträge zur Erlangung eines gewünschten Artikels aufzuwenden sind. Der fehlende Absatz im Handel liegt in der geringen Kaufkraft weiter Kreise unseres Volkes begründet.

Wird aber die Kaufkraft eines Volkes größer, wenn anstatt einer einmaligen Zahlung eine Ratenzahlung verlangt wird? Die Kaufkraft ändert sich nicht unmittelbar, kann sich nur ändern, wenn das System infolge erhöhter Produktionsanforderungen die Anzahl der Erwerbslosen verringert und somit aus Nichtkäufern Käufer macht. Hier würde also fraglos ein volkswirtschaftlicher Vorteil des Kreditkaufverfahrens liegen. Im Gegensatz zur Kaufkraft steht die Kauflust. Und letztere ist meistens um so größer, je geringer die Kaufkraft ist. Die Kauflust würde aber durch den Kauf auf Abzahlung stark angeregt werden. Sie würde sich in eine eingebildete Kaufkraft verwandeln.

Hier liegt die große Gefahr in dem System. Der Sparsinn würde in unserem Volke ganz und gar untergraben werden, wenn allgemein oder im größeren Maße zum Kreditkauf des Publikums übergegangen würde. In dem Abhandenkommen dieses Sparsinnes aber liegt eine ungleich größere Gefahr für unser Volksganzes als in einer beschränkten Kaufkraft, die, künstlich durch Reizwirtschaft vergrößert, jeder soliden Grundlage entbehrt.

Wir dürfen uns nicht mit Amerika vergleichen, wo die Verhältnisse ganz anders liegen. Schnell verdienen, schnell ausgeben, ein gewisser sorgloser Leichtsinn ist einem Teil der Amerikaner eigen. Auf dieser Eigenschaft ist das amerikanische Wirtschaftsleben mit aufgebaut, und es kann dabei gedeihen, da das Land einen Wohlstand hat, der von allen Kreisen der Bevölkerung getragen wird. Handel und Industrie in Amerika schöpfen aus einem ergiebigen Brunnen, und die Aenderung des Verkaufssystems ist letzten Endes nichts weiter als ein Mittel, dem nächsten Nachbar Konkurrenz zu machen, also ein Kampf innerhalb der Branchen. Aber wie sieht es mit unserem Volksvermögen aus? Haben wir einen wohlhabenden Mittelstand? Eine in ihrem Einkommen auch nur halbwegs gesicherte Arbeiter- oder Beamtenklasse? Ist es zu verantworten, durch Anreiz zum Kauf, der psychologisch zum Kauf von Unnötigem führen muß, die Not in diesen Kreisen noch zu vergrößern, anstatt Wege zu finden, jeden entbehrlichen Pfennig durch Sparen der Volkswirtschaft wieder zuzuführen?

Gewiß, dieser Weg zur Gesundung des Wirtschaftslebens ist weiter. Aber er ist sicherer. Das Geld, das aus der Masse heraus den kommunalen und gemeinnützigen Kassen zur Verfügung gestellt wird, kommt überraschend schnell der Wirtschaft zugute. Wir sehen es in Form von billigen Hypotheken für den Wohnhausbau des Bürgers und des Arbeiters, also als Arbeitsmöglichkeit. Wir finden es wieder als erträglichen Kredit für den kommerziellen, gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand als den berufenen Träger einer gesunden Gesamtwirtschaft, also als Produktionsverbilligung.

Im erstaunten Aufblicken nach dem Anwachsen unserer Großindustrie haben sich weite Kreise schon mit dem ihnen unumgänglich erscheinenden Absterben der Kraft des Mittelstandes in Industrie und Gewerbe abgefunden, sie haben den Glauben an seine Notwendigkeit aufgegeben. Letzten Endes ist das Auftauchen des Kleinkäuferkreditsystems nichts weiter als ein Symptom für diese Einstellung.

Zugegeben, wir haben heute andere Ansprüche an das Leben, als sie unsere Großeltern noch hatten, andere, das heißt: materiell größere. Es liegt auch durchaus nicht im Interesse der Volkswirtschaft, sich in Verkennung der Zeitläufte mit aller Macht gegen eine Verbesserung des Lebensstandards zu stemmen oder jeder materiellen Freude zu entsagen. Ein großer Teil dieser Ansprüche aber ist geboren aus einem mißverstandenen Nachahmungstrieb. Ein jeder sucht es äußerlich einem Vorbild gleich zu tun. Darin aber liegt der Grundfehler unserer heutigen sozialen Struktur, und er würde durch das Kreditsystem unter allen Umständen noch vertieft werden.

So muß man im Allgemeininteresse gegen eine Ueberhandnahme der neuen Bewegung im Detailhandel Stellung nehmen, und eintreten für das Ansammeln von Sparkapital, sei es auch im einzelnen Falle noch so klein. Man wende nicht ein, daß der Sparer der Vorkriegszeit durch die späteren Ereignisse um die Früchte seines Sparens gekommen ist, und daß dieser Vorgang vom Sparen abschreckt. Gewiß, das Ersparte ist in fast allen Fällen dahin, aber wo stünden wir heute, wenn es überhaupt nicht dagewesen wäre? Das Sparen mag und wird heute langsamer gehen als in den ruhigen Zeiten vor 1914. Manch einer, augenblicklich sehr viele, werden sich an dieser Kraftsammlung überhaupt nicht beteiligen können. Um so lauter ruft die Pflicht diejenigen auf den Plan, die es mit oder ohne Einschränkung können.

Hermann Hinrichs.

Kritik der Presse

Der Kampf, in den der Staatstheaterintendant Leopold Jeßner durch die nackte Frechheit und robuste Schamlosigkeit einer politischen Komödiantenaufführung des „Bestraften Brudermords" ein unfaßlich langmütiges und gleichgültiges deutsches Publikum und Schrifttum nun endlich gereizt hat, dieser aufgedrungene und fragwürdige Kampf wird von Friedrich Hussong in der Montagsausgabe des **„Lokalanzeigers"** in der richtigen Ebene befeuert. Es wäre durchaus verfehlt, dem Niveau, auf dem Herr Jeßner einem beliebten Sensationsreißer der „englischen Instrumenter und Lustspringer" der Spätrenaissance in einer zeitgemäß demagogischen Fassung erneuert hat, durch literarische Widerlegung und ästhetischen Widerspruch ein Relief zu leihen. Ueber die „künstlerische" Eignung dieses intelligenten und ehrgeizigen ostjüdischen Immigranten und betriebsamen radikalen Politikers, der in raschem Aufflieg über Königsberg und Hamburg durch die Gunst politischer Freunde und die Unterstützung jener bekannten mächtigen ihm wesensnahen Presse, in ein Amt gelangte, das man für kulturell verantwortlich halten kann, sind die Auguren lange einig. Dieser völlig amusische Willensmensch, der seine absolute Unfähigkeit zur Menschendeutung und Seelenenthüllung durch eine militaristische Schmissigkeit des Ensemblespiels und durch die hahnebüchensten Bluffs der Ausstattung zu verbergen sucht, ist von einer so grotesken Beziehungslosigkeit zum deutschen geistigen Erbe, daß sie vielleicht seinen Namen bei den Kuriosa dieser verirrten Zeit aufbewahren wird. Auch die nach russischem Vorbild organisierte, frevlerische Schändung klassischen Gutes zwecks politischer Propaganda brauchte uns kaum noch auf den Plan zu rufen. Sie ist die rascheste und sicherste Selbstzerstörung jedes einen ernsthaften Rang prätendierenden Theaters. Aber in den gefälschten Formen geschieht noch ein anderes. Denn „ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode". Wir freuen uns Jeßners offenherziger Hamletinterpretation, weil sie Sinn und Absicht ihres Auslegers mit unvorsichtigem Hochmut hüllenlos zu zeigen sich erfrecht. Sie ist die berechnende nihilistische Zertrümmerung des germanischen Wertebewußtseins, durch das der Hamlet, dieses Ewigkeitswerk des nordischen Kulturkreises, lebt. Sie ist die Rache eines Fremden an einer ihm verschlossenen Wertewelt und die Verkehrung einer germanischen Rangordnung, an der nichts inniger gehaßt wird, wie der hohe Stand ihres Heroismus und ihrer Tragik. Dreifaches Mittel dient nun ihrer Vernichtung. Zunächst werden im Wort durch Streichung oder Zusatz zu krasse Widerstände getilgt, durch Zusammenschluß oder Verbreiterung die erwünschten Situationen verwischt oder überbetont. Ein paar kleine lächerliche Beispiele: Da das Schwert als Attribut einer ritterlichen Lebensauffassung gilt, darf Hamletzt kein Schwert tragen. Alle entsprechenden Verse sind gestrichen. Auf der Terrasse von Helsingör wird über der Aufforderung des Geistes in die Luft geschworen. Dafür wird der pazifistisch-republikanische Hamlet zur Ermordung des Polonius mit dem Dolch eines Bravo ausgestattet. Polonius aber kann seinen schönen Vatersegen nur in verstümmelter Form sprechen, damit seine eindeutig-plumpe Schwankfigur nicht kompliziert wird. Daß man nur nicht vernehme, wie zu einem „edlen Geist" „des Hofmanns Auge", „des Gelehrten Zunge", oder gar „des Kriegers Arm" gehören könnten, werden diese Verse der Ophelia als Duett mit dem König zusammen- und niedergeredet. Dafür wird aber eine Szene aufgemacht (IV. Aufzug, 4. Szene), die wegen ihrer allgemein anerkannten Unwesentlichkeit sonst stets fortbleibt, der Marsch der Truppen des Fortinbras nach Polen. Ihr Sinn ist, daß Hamlet durch der Soldaten Beispiel, die für „ein Phantom des Ruhms zum Grabe gehn wie ins Bett", zur Tat gespornt wird. Warum macht Jeßner die Szene auf? Weil dieser Sinn sich flink umkehren läßt in eine Pazifistenrede über „den nahen Tod von zwanzigtausend Mann". Hat nun dieses erste Mittel mehr negativen Karakter, so ist das zweite zur Wertnihilierung ausschlaggebend: Die Besetzung. Man gibt dem Schauspieler die Rolle, deren Wesen just das Gegenteil seiner eigenen Wesensart ist. Also: Hamlet wird einem intellektuellen, ausgeprägt ostjüdisch-vitalen Typus übertragen. Anstatt des metaphysischen Nordmenschen und Prinzen Hamlet, steht ein talmudisierender Osthebräer mit Shylokmanieren (sein Spiel mit dem Messer gegen Stiefvater und Mutter, seine Brutalität gegen die gezerrte, geschleifte, gestoßene Königin) auf der Bühne. Die durch adlige Freiheit und Anmut „reizende Ophelia" ist mit einer Kabarettistin gleicher Abstammung besetzt, die sehr zu Recht als Zillejöhre Triumphe gefeiert hat. Fortinbras, was in dem korrumpierten Französisch doch starker Arm heißt, ist ein effeminiertes, overdreßtes Offizierchen. Horatio ein Leutnant Gustl mit feicher Oesterreicherkappe. Er kann natürlich mit jenem Hamlet keine Freundschaft haben. Die herrlichen Worte, mit denen Hamlet dieses edle Verhältnis ritterlicher Devotion schildert. („Nein, glaub' nicht, daß ich schmeichle . . .") sind gestrichen. Wieder ein menschlicher Wert ausgelöscht. Der Geist ist verschwunden („Verschwindet doch! Wir haben ja aufgeklärt!") und tritt als pensionierter österreichischer Feldmarschall mit Federbusch und Radmantel auf, mit dem er im Versaglierilaufschritt über die Bühne zu traben hat. Der Rest stammt aus älteren Simplizissimus-Jahrgängen. So steht den fremdartigen und fremdwertenden Menschen — Hamlet und Ophelia — eine germanische Welt von lächerlichen Idioten und ausgemachten Schurken gegenüber. Hat man nun einen solchen inversen Sinn in das Drama hineingefälscht, so ist seine restliche und ursprüngliche innere Werthaltung durch das dritte Mittel, die parodistische Ausstattung, leicht zu zerstören. Ein zahlreiches Hofgeschmeiß, das in Karnevalsuniformen und Sternen, Bändern und Orden Hacken zusammenschlägt, in Verbeugungen verharrt, zischelt, tuschelt und in falscher Ergebung erstirbt, gibt Gelegenheit zu Serenissimuszwischenspielen. Polonius wohnt in Plüsch und Königsbüsten. Der König schläft in einem schmalen Bett, in dem er unter konvulsivischer Zuhilfenahme der Psychoanalyse beten möchte. Aber die Königin! Sie hat ein Lustlager, von Rokokoamoretten umstellt, in dem bequem vier Personen Platz haben. Unter einem Kopfkissen kriecht plötzlich der alte österreichische Feldmarschall hervor. Später liegt sie aber wieder mit ihrem derzeitigen Mann in besagtem Bett. Es wird aber noch mehr geboten, von dem Shakespeares Schulweisheit sich nichts träumen läßt. Was nutzt die schönste Pazifistenrede, wenn man die Kriegsgreuel nicht sieht. Also erscheint in „einer Ebene in Dänemark" ein modernes Kriegsschiff. Während Truppen ausgeladen werden, Kommandorufe erschallen, Signale ertönen, redet vorne Hamlet: Gojimnaches! Der letzte Clou ist aber das Schauspiel. In einem eingebauten Parodietheater mit richtiger Hofloge wird das Zeremoniell, das einst im Königlichen Theater bei Festvorstellungen üblich war, nun im selben Hause parodiert. Ausgerechnet nach dieser Verspottung und dem Zusammenbruch des Königs bleibt als „interessante Nuance" — dessen linker Arm schlaff. Bei dieser Niederträchtigkeit ist, wie Herr Jeßner erklärt, niemandem etwas in den Sinn gekommen!! Was bedürfen wir weiter Zeugnis? Er hat es uns im Ganzen leicht genug gemacht, am krassen Beispiel sein zersetzendes und auflösendes Ressentiment gegen eine ihm feindliche Substanz aufzuzeigen. Will man nun wirklich den Kampf gegen diese nihilistische Zerstörung der christlich-germanischen Wertordnung? Ahnt man das Ausmaß seiner Größe, Schwere und Dauer? Der Skandal Jeßner ist doch nur ein relativ ungefährliches Symptom. Aber nur in einem Volke, das die Verwaltung fast seines gesamten geistigen Erbes in artfremde Hände hat hinübergleiten lassen, ist er überhaupt denkbar. Will man also wirklich aufhören mit törichten und falsch motivierten Schuldreden und durch Selbstbesinnung und Haltung, durch Selbsteinkehr und Würde den Kampf um die Befreiung des eigenen Wesens und Geistes aufnehmen, fängt man wirklich bei solchen Flammenzeichen an, sich die Augen zu reiben und ein wenig zu schämen? Nun, dann wollen wir der unbedeutenden Person des Herrn Jeßner für die Mitwirkung verbunden bleiben.

Jungkonservative Vereinigung

Am 28. Dezember 1926 u. am 4. Januar 1927

Keine Veranstaltung

Im Ring-Verlag erschien soeben:

Die Sichel Roman von F. R. Nord

In Leinen gebunden Mk. 6.–; geheftet Mk. 4.80

„Wer kennt nicht Ossendowskis „Tiere, Menschen und Götter?" Wer wird nicht von dieser Pseudowissenschaft gefangen genommen? Hier haben wir das Gegenstück dazu, den deutschen Weltreisenden, der seine Offenbarungen über Chinas Sowjetdurchseuchung offen und ehrlich einen „Roman" nennt. **Und ich behaupte: in dieser Dichtung, die einen von der ersten bis zur letzten Seite wie mit tausend Stricken fesselt, weil darin furchtbar viel „passiert", steckt weit mehr Wahrheit, als der Durchschnittsleser ahnt.** Vieles ist reine Zustandsschilderung, die einen tiefen Blick in die Geheimnisse der Mongolei und des Fernen Ostens überhaupt tun läßt.

Ein fabelhaftes Buch in jedem Betracht."

Professor Dr. Hans Helmolt im „Westen"

Ring-Verlag / Berlin W 30 / Motzstr. 22

Verlag und Schriftleitung: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W.30, Motzstr. 22. Für den Inhalt verantwortlich: Hanns F. Frosch, Berlin. Druck: Neudeutsche Verlags- u. Treuhand-Gesellschaft, Berlin
Das „Gewissen" erscheint wöchentlich, Sonnabends, mit Tagangabe vom nächsten Montag. — Bezug: Im Inland: Durch die Post monatlich Mark 1,00; durch den Verlag Mark 1,25
Mitteilungen an die „Gesellschaft der Freunde des Gewissens" erbitten wir uns unter der Anschrift: „An den Ring-Verlag, Berlin W.30, Motzstraße 22".